(Minister Schwier)

- (A) Rheinland-Pfalz und Hessen aufgegriffen wurde.

Sie sehen, meine Damen und Herren, daß die Verbesserung der Nutzung der kommunalen Bäder kein nordrhein-westfälisches, sondern ein bundesweites Problem ist.

Auch in diesem Jahr wird im Oktober wieder eine Aktionswoche unter dem Motto "Gesund durch Schwimmen" durchgeführt. Ich appelliere an alle Kommunen des Landes, sich zahlreich an dieser Aktionswoche zu beteiligen und die Organisatoren nachhaltig zu unterstützen. Übrigens: Landtagsabgeordnete können gerne mitmachen.

Aber die Landesregierung ist ja nicht nur Ideenlieferant. Sie liefert nicht nur Ideen, wie die Situation der kommunalen Bäder verbessert werden kann. Sie hat mit der Neufassung der Sportstättenbau-Förderungsrichtlinien im Jahre 1983 auch die Modernisierung bestehender Sportstätten in den Förderungskatalog aufgenommen. Inzwischen, bis Mitte 1988, sind insgesamt 26,7 Millionen DM vom Land für die Bädermodernisierung bereitgestellt worden. Darüber hinaus wird der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel in Zukunft auch attraktivitätssteigernde Maßnahmen in vorhandenen Bädern zur Verbesserung der Freizeit-, Spiel-, Erholungs- und Kommunikationsmöglichkeiten fördern.

- (B) Zusammenfassend darf ich feststellen, daß mit der Antwort der Landesregierung deutlich wird, daß auf staatlicher Ebene alle möglichen Voraussetzungen zur Sicherung kommunaler Hallenbäder geschaffen worden sind. Die Landesregierung geht deshalb davon aus, daß den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin ein bedarfsdeckendes Netz von Bädern in unserem Lande für Sport- und Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehen wird. Das ist auch die Schlußfolgerung, die Sie, wenn Sie richtig lesen, aus der Antwort auf die Große Anfrage ziehen können.

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und stelle fest, daß die Große Anfrage 20 damit erledigt ist.

Meine Damen und Herren, heute morgen ist vereinbart worden, daß der Punkt 7 "Triple Five" in Anwesenheit des Wirtschaftsministers verhandelt werden soll. Da sich der Wirtschaftsminister noch auf dem Weg hierher von einer Veranstaltung befindet, rufe ich zunächst Tagesordnungspunkt 8 auf:

Drittes Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung (C)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 10/4400

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen
Drucksache 10/4448
zweite Lesung

Die Fraktion der F.D.P. hat mit Drucksache 10/4465 - Neudruck - einen Änderungsantrag vorgelegt, der in die Beratung mit einbezogen wird. Ich darf darauf verweisen, daß durch Vorlage dieses Änderungsantrages der zur ersten Lesung vorgelegte Änderungsantrag Drucksache 10/4465 gegenstandslos geworden ist.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Wolf von der Fraktion der SPD das Wort.

(Zurufe: Er ist nicht anwesend!)

- Dann erteile ich Herrn Abg. Püll von der Fraktion der CDU das Wort.

Püll*) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht heute abschließend um die baurechtliche Sicherung der Fahrgastunterstände an Straßenbahn- und Bushaltestellen. Die in der Beschlußempfehlung vorliegenden Formulierungen finden unsere Zustimmung, weil sie die Begrenzung der Zulassungsmöglichkeit auf Werbeanlagen an Gebäuden so eng auslegen, daß Werbeanlagen an anderen baulichen Einrichtungen wie beispielsweise an Brücken oder gar frei aufgestellte Werbeanlagen unzulässig bleiben. (D)

Das ist im übrigen auch der Grund dafür, daß wir dem Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion nicht zustimmen vermögen. Vom Grundsatz her entspricht das Ziel dieses Antrages, nämlich nach Möglichkeit den Gemeinden Aufgaben zu übertragen, ja den Intentionen unserer Fraktion. Aber gerade dieser vorliegende Sachverhalt macht eine landeseinheitliche Regelung notwendig und läßt eine Verlagerung auf die Gemeinden nicht zu.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt dem Gesetz zu.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kuhl das Wort.

(A) Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die Beschlußempfehlung und den Bericht des Ausschusses, unterschrieben von dem Vorsitzenden Pfänder, liest, dann erscheint es schon etwas merkwürdig, wenn auf Seite 2 steht: "Der Vertreter der F.D.P.-Fraktion nahm nicht an der Abstimmung teil." Das ist zwar formal richtig, aber - ich sage das deshalb ganz bewußt -: Die Art und Weise, wie das Ganze in dieser Ausschußsitzung abgelaufen ist, war einmalig. Als ich drei Minuten nach Sitzungsbeginn den Sitzungssaal betrat, stellte ich fest, daß die Abstimmung beendet war.

An dieser Stelle muß ich dem Kollegen Püll noch einmal danken, der nämlich den Vorsitzenden auf unseren zu dem Zeitpunkt schon im Landtag bekannten Änderungsantrag verwiesen hat. Der Vorsitzende tat das dann mit der Bemerkung: "Damit haben wir nichts zu tun!" ab.

Ich habe anschließend, nachdem die Abstimmung in der Tat ohne die F.D.P. erfolgt ist, in der Diskussion - diese war interessanterweise noch nicht abgeschlossen, da Vertreter des Ministeriums nachträglich noch Anmerkungen gemacht haben - auf unseren Änderungsantrag aufmerksam gemacht und ihn eingebracht, ohne daß über ihn abgestimmt worden ist. Insofern stellen wir den Änderungsantrag hier und heute auch noch einmal.

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

(B) - Ich habe das gerade gesagt. Herr Kollege Schultz, das kann ja jedem einmal passieren; Herrn Kollegen Wolf ist es gerade auch passiert.

(Tschöeltsch (F.D.P.): Aber wir haben das kulant gelöst!)

Und wenn wir dann immer so verfahren würden wie Sie in der angesprochenen Sitzung, dann würden hier manche Entscheidungen vielleicht anders ausfallen. Man muß sich einmal umgucken, wer denn zu welchem Zeitpunkt hier im Saale sitzt. - Aber darüber brauchen wir uns an dieser Stelle nicht zu unterhalten.

Zu dem Problem selber wollte ich anmerken: Wir als F.D.P. waren immer der Auffassung, daß es diese Erleichterung geben sollte. Wir haben das damals nach Abschluß der Beratungen über die Landesbauordnung schon einmal zum Ausdruck gebracht. Ich habe in einer Sitzung des Städtebauausschusses darauf hingewiesen. Ich habe jetzt nicht ins Protokoll geguckt und nachgelesen, wann das war; es ist im vergangenen Jahr gewesen. Damals hieß

es insbesondere von seiten der Landesregierung, wir sollten die Landesbauordnung bis zum Ende dieser Legislaturperiode nicht mehr ändern; darauf hatten wir uns verständigt.

Nunmehr hat es eine neue Situation gegeben, und ich habe für die F.D.P. dann gesagt: Wenn ich mich an den Beschluß, den wir damals über die Fraktionsgrenzen hinweg gefaßt haben, halte, kommt für mich jede Änderung in Frage, solange sie nicht eine Änderung der Landesbauordnung betrifft.

Wir haben dann angekündigt - ich darf Ihnen das an dieser Stelle sagen -: Wir werden jetzt auch andere Gesetzesänderungsanträge zur Landesbauordnung stellen; denn die Vereinbarung ist inzwischen gegenstandslos geworden.

Zu unserem Änderungsantrag will ich sagen: Wir sind in der Tat der Auffassung, daß den Kommunen durchaus zugemutet werden kann, selbständige Entscheidungen zu treffen. Ich fand es sehr nett von Ihnen, Herr Kollege Püll, daß Sie gerade darauf hinwiesen, daß Ihre Fraktion immer wieder dafür eintritt, Regelungen abzubauen und sie von der hohen staatlichen Ebene auf die Kommunen, die kommunale Selbstverwaltung etc. zu verlagern. Nur, wenn es dann wirklich darum geht, die Entscheidungen zu treffen, dann sagen Sie wie jetzt in ihrem Zwischenruf: Das ist zuviel für die Gemeinden. Aber dann, bitte schön: Wo ist Anspruch und Wirklichkeit? Auch darüber sollten wir uns bei anderer Gelegenheit noch einmal unterhalten.

Wir sind durchaus der Auffassung, daß man dieses alles den Kommunen zumuten kann. Wir haben in den Kommunen, wie ich glaube, hervorragende Ratsvertreter, hervorragende technische Beamte, die mit diesem Problem umgehen können. Wir sind der Auffassung, daß man das deshalb delegieren kann.

Ich würde Sie herzlich bitten, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, wiewohl wir, auch wenn Sie dem nicht zustimmen, im Endeffekt dann dem Dritten Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung zustimmen werden, weil dies zumindest ein kleiner Schritt auf dem richtigen Weg ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Wolf von der Fraktion der SPD.

Wolf*) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kuhl, es ist richtig, daß wir eine Verabredung getroffen

(C)

(D)

(Wolf (SPD))

- (A) haben, die Landesbauordnung, soweit es geht, in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu ändern. Die jetzige Änderung ist aufgrund einer aktuellen Entwicklung notwendig geworden. Es gibt in dem Bereich der werbenden Industrie Aktivitäten, die unserem Ziel sehr stark entgegenkommen, eine attraktivere Unterbringung der Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr sicherzustellen. Dies ist den Verkehrsunternehmen und den Städten, die sie tragen, so nicht möglich.

Von daher liegt es auch im Interesse der Menschen, die sich tagtäglich im öffentlichen Personennahverkehr bewegen, daß wir diese Änderung noch in dieser Legislaturperiode erreichen.

Sie ist, wie Sie richtig sagen, eine Erweiterung der Möglichkeiten der Landesbauordnung, weil sie Tatbestände, die bisher ausgeschlossen waren, rechtlich möglich macht.

Die Gemeinden wollen aber nicht mehr, Herr Kollege Kuhl. Ich hatte schon bei der Einbringung unseres Antrages darauf hingewiesen, daß wir keine Verhältnisse wie in Spanien, Italien oder in anderen Ländern, wo es zu einer optischen Umweltverschmutzung gekommen ist, haben wollen.

(T schoeltsch (F.D.P.): Wer will das denn, was Sie hier unterstellen?)

- (B) - Der Kollege Kuhl sagt: Wir sollen in der Landesbauordnung den Gemeinden die völlige Freiheit darüber geben, was erlaubt oder was nicht erlaubt werden kann. Genau die Gemeinden sind es, die uns sagen: Faßt den § 13 der Landesbauordnung so scharf und deutlich, daß wir bestimmte Aktivitäten, die uns schon zuviel sind, zurückweisen können, wo wir mit unseren Ablehnungen vor Gericht laufend unterliegen. Wir Gemeinden möchten nicht, daß wir Zustände bekommen wie teilweise in den südeuropäischen Ländern, wo durch die Werbewirtschaft optische Umweltverschmutzung betrieben wird.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Wolf, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Wolf (SPD): Ja, gerne!)

Kuhl (F.D.P.): Herr Kollege Wolf, Sie haben das zwar gerade noch einmal ausgeführt und Bezug auf Gerichtsurteile genommen. Nur, Ihren Äußerungen muß ich entnehmen, daß Sie Verhältnisse wie in Spanien nicht wollen. Insofern frage ich Sie: Ist es richtig, daß Sie den Gemeindevertretern nicht zutrauen, für ihre Stadt, für ihre Kommune sachgerecht zu entscheiden?

Wolf (SPD): Herr Kollege Kuhl, ich traue es ihnen zu, weil ich sie kenne. Ich habe jahrelang in diesem Bereich aktiv gearbeitet und kenne von daher hautnah die Probleme der Bauordnungsämter unserer Gemeinden. Sie können sehr sachgerecht entscheiden und entscheiden auch täglich. Das nehmen wir ihnen mit der Bauordnung nicht ab. Sie sagen uns ganz deutlich: Die Landesbauordnung ist in diesem Bereich nicht sehr hilfreich, weil sie nicht scharf genug ist. Wir möchten eigentlich mehr ablehnen, aber weil die Landesbauordnung so offen ist, werden unsere Ablehnungen vor Gericht immer wieder verworfen.

Herr Kollege Kuhl, die F.D.P. hat folgendes Problem: Volkes Wille hat sie in viele Kommunalparlamente nicht hineingewählt. Von daher fehlt Ihnen natürlich das kommunale Feedback.

(Oh-Rufe bei der F.D.P.)

Ich bedaure das sehr, weil es uns hier im Landtag mit überflüssigen Dingen belastet. Ich würde mich wirklich freuen, wenn Sie mehr kommunalen Sachverstand mitbringen würden. Aber da ist glücklicherweise Volkes Wille vor.

(Beifall bei der SPD)

Wir, SPD und CDU, haben mit den Beratungen im Städtebauausschuß, wie wir meinen, einen Weg gefunden, der zwischen diesen beiden Aspekten liegt, nämlich nicht zu viel zuzulassen, in diesem Bereich die Bauordnung nicht zu sehr aufzuweichen, aber genau das zuzulassen, was wir aus verkehrspolitischen Gründen wollen, ohne das Ortsbild zu beeinträchtigen. Zwischen diesen beiden Polen haben wir mit Hilfe der Landesregierung - das war noch einmal eine sehr schwierige Diskussion, die Sie ja mitbekommen haben - eine Formulierung gefunden, die genau diesen Ansprüchen gerecht wird.

Von daher weisen wir Ihren Änderungsantrag zurück. Wir bitten um Zustimmung zu dem Ihnen nun vorliegenden Gesetzestext. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich nehme an, daß die Landesregierung hierzu auch noch etwas sagen möchte. - Nicht? - Gut!

(Minister Dr. Zöpel: Die Stunde des Parlaments, Herr Präsident!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/4465 (Neudruck) ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf ab. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen Drucksache 10/4448 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet.

Der Herr Wirtschaftsminister ist noch nicht anwesend. Dann fahren wir fort mit Punkt 9 der Tagesordnung:

Gesetz zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes
(VermKatG NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4435
erste Lesung

Der Gesetzentwurf wird durch Herrn Innenminister Dr. Schnoor einggebracht. Ich erteile ihm das Wort.

- (B) Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes ein.

Bei diesem Gesetzentwurf geht es zum einen um die Regelung datenschutzrechtlicher Fragen, zum anderen um die Regelung von Zuständigkeiten, Zusammenarbeit, und zum dritten soll eine klare Aufgabenbeschreibung vorgenommen werden, damit Doppelarbeit vermieden wird.

Die gesetzliche Fixierung der Aufgabenverteilung einerseits und des Zusammenspiels der Aufgabenträger andererseits durch die vorliegende Gesetzesnovelle erfüllt die Anforderungen der Normenklarheit und steht gleichzeitig in der bewährten Tradition des nordrhein-westfälischen Vermessungswesens. Die Novelle ändert nichts an der bewährten Kommunalisierung der Katasterämter und auch nichts an der bewährten Zusammenarbeit dieser Ämter mit den öffentlich Bestellten Vermessungsingenieuren.

Die Eingliederung der ehemals staatlichen Behörden in die Verwaltungen der Kreise und

kreisfreien Städte hat das Land 1948 durchgeführt. Andere Flächenländer sind diesem Beispiel nicht gefolgt. Ich kann für unser Land nach 40 Jahren Erfahrung sagen, daß sich die Kommunalisierung des Vermessungswesens bewährt hat. Die Kreise und kreisfreien Städte nutzen das Liegenschaftskataster intensiv, verbessern es stetig und übernehmen bereitwillig die modernen Verfahren der elektronischen Katasterführung. Sie pflegen auch die Zusammenarbeit mit dem Land und den kreisangehörigen Gemeinden.

Die Vermessungsbehörden sind im besten Sinne des Wortes Dienstleistungsbehörden, die auf die Erdoberfläche bezogene Sachdaten und Rechtsverhältnisse erheben und zur Verwendung im staatlichen, kommunalen und privaten Bereich in einheitlichen Systemen zur Verfügung halten und fortführen. Die Vermessungsbehörden liefern das Grundgerüst für die Geo-Informationssysteme, also für raumbezogene Datensammlungen, auf denen dann die anderen Verwaltungen in eigener Verantwortung und Zuständigkeit ihre raumbezogenen Fachdaten aufbauen und führen.

Im einzelnen verweise ich auch hierzu auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 655, in der wir Näheres dazu gesagt haben.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Annahme des Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der SPD)

(D) Vizepräsident Dr. Riemer: Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abg. Jentsch von der Fraktion der SPD.

Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der wichtigste Grund, das Vermessungs- und Katastergesetz zu novellieren, ist die Notwendigkeit, dieses Gesetz den datenschutzrechtlichen Anforderungen anzupassen. Der Gesetzentwurf enthält dementsprechend eine Reihe von Bestimmungen darüber, welche personenbezogenen Daten im Liegenschaftskataster geführt werden und an welche Stellen sie zu bestimmten Anlässen und Zwecken übermittelt werden können.

Das Liegenschaftskataster ist ein öffentliches Register, das eng mit dem Grundbuch verbunden ist. Dieser öffentlich-rechtliche Charakter des Liegenschaftskatasters muß erhalten bleiben. Zugleich sind die datenschutzrechtlichen Forderungen zu erfüllen.

Dies erfordert bereichsspezifische Regelungen. Ich nenne hierzu folgende Eckpunkte: